

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 22. März 1902.

№ 35.

Achtung! Bestellungen auf das II. Qu. 1902 des Corr. Preis pro Quartal 65 Pf., wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

Das Jahr 1901.

(Fortsetzung.)

In dieser bedrängten Zeit hatten die Leiter der gewerkschaftlichen Organisationen natürlich doppelt schwere Verantwortung bei all. ihren Maßnahmen. Einmal mußten sie versuchen, mit überlegener Taktik den listigen Anschlägen des Unternehmertums auszuweichen und andererseits hatten sie wieder die größte Not, die durch Lohnreduktionen, Feierschichten, brutale Aussperrungen auf das höchste erregten Massen mit der Stimme der klaren Vernunft vor noch größerem Unheile zu bewahren. Wie weit dies gelingen, werden wir im nächsten Absätze sehen. Daß unter solchen Umständen auf die in den einzelnen Gewerben mit den Unternehmern abgeschlossenen Arbeitsverträge, die viel umstrittenen Tarifgemeinschaften, mit besonderer Spannung geblickt wurde, ist nur zu selbstverständlich; Freund und Feind verfolgten diese Probe-aufs-Exempel denn auch mit dem größten Interesse. Die Vertragstreue der Unternehmer hat sich in der That in einer Reihe von Fällen nicht taktfest erwiesen. Die Berliner Holzindustriellen, die Tapezierer-Finnung ebenda wie die Schuhmacherinnungen in der Berliner Umgebung sind von den zu Recht bestehenden Verträgen zurückgetreten. Ebenfalls in Berlin lehnten die Militäreffektenfabrikanten eine Tarifierneuerung ab, ein gleiches thaten die Steinsehmmeister in Leipzig. Die Steinbruchbesitzer in verschiedenen Orten schritten zu einer vorzeitigen Kündigung der Verträge, einzelne Unternehmer in diversen Branchen setzten ohne weiteres den mit ihren Arbeitern geschlossenen Pakt außer Kraft bei gleichmäßiger Diktierung von Lohnreduktionen. Aus dem Auslande liegen mehrfach gleichlautende Nachrichten vor.

In den bei dem Punkte Tarifgemeinschaften hauptsächlich in Betracht kommenden Branchen ist jedoch die Feuerprobe besser verlaufen, welcher Umstand wohl lediglich auf das Konto der in Betracht kommenden kräftigen Organisationen der Arbeiter zu setzen ist. So sind die Tarifverträge im Baugewerbe in fast allen Großstädten verlängert worden, wenn auch meistens zu den alten Bedingungen, und bei den Buchdruckern und Schriftgießern sind die vorgenommenen Tarifrevisionen sogar mit anscheinlichen Lohnaufbesserungen verbunden gewesen. Ein Gewerkschaftsblatt, der als Kostgänger der Leipziger Volkszeitung hinlänglich bekannte Tabak-Arbeiter, brachte es allerdings fertig, die Errungenschaften unbrüchiger Gießerkollegen hervorzuheben, bezüglich der Buchdrucker aber einfach eine Tarifverlängerung auf 5 Jahre zu konstatieren. Eine allgemeine Lohnverhöhung von 7½ Proz., wozu noch die Lokalzuschlagserhöhungen kommen, ist also trotz Krise und Arbeitslosigkeit ein Pappenstiel! Die Berliner Töpfer und die Hamburger Petroleumkutscher haben ebenfalls günstige Verträge abschließen können, während die Mechaniker und die

Militäreffektenfaktler mit ihrem Verlangen nach einem allgemeinen Tarife glatt abgewiesen wurden; die betreffenden Unternehmerränge leisteten sich bei diesen Gelegenheiten vor der Öffentlichkeit ganz gehörige Blamagen. In der Schuhindustrie machen sich erfreulicherweise immer wieder Bestrebungen zur Anbahnung eines korporativen Arbeitsvertrages mit den Arbeitern bemerkbar, trotzdem im Jahre 1900 der Fabrikantenverein offiziell einen dahingehenden Antrag ablehnte. Es erübrigt sich noch festzustellen, daß die Arbeiter verschiedener Gewerbe mit ihren Unternehmen derartige Tarifvereinbarungen eingehen wollten, teils jedoch Abweisung, teils Vertröstungen zweifelhafter Art bei diesen Versuchen hinnehmen mußten. Durch die feinerzeitige Gegnerschaft gegen derartige „Harmoniebuselei“ ist eben sehr oft der Anschluß verpaßt worden, jetzt in der Krise pfeifen die Unternehmer, die Arbeiter aber haben zu tanzen.

Wie schon in dem vorhergehenden angedeutet, waren die Chancen zu der üblichen Austragung der wirtschaftlichen Konflikte die denkbar ungünstigsten im vergangenen Jahre und eine Uebersicht über die Streiks und Aussperrungen zeigt denn auch einen sehr verminderten Umfang derselben gegen die früheren Jahre. Nach der vom Reichskanzler nun ebenfalls einem Ausbau und Verbesserung für bedürftig befundenen amtlichen Streikstatistik, der wir für das vierte Quartal unsere privaten Feststellungen hinzufügen, ergibt sich folgendes Bild:

I. Streiks:	
Im I. Quartale	243 mit 11 564 beteiligten Personen
" II. "	379 " 48 390 " "
" III. "	316 " 17 871 " "
" IV. "	50 " 3 660 " "
	888 mit 81 485 beteiligten Personen
Es endeten davon:	
a) 44	erfolgreich, 116 m. teilweisem Erfolge, 112 erfolglos.
b) 69	" 123 " " " 192 "
c) 44	" 7 " " " 156 "
d) 2	" 6 " " " 2 "

159 erfolgreich, 318 m. teilweisem Erfolge, 462 erfolglos.

II. Aussperrungen:	
Im I. Quartale	5 mit 987 beteiligten Personen
" II. "	17 " 2076 " "
" III. "	4 " 737 " "
" IV. "	3 " 100 " "
	29 mit 3900 beteiligten Personen
Es endeten davon:	
a) 3	erfolgreich, 2 mit teilweisem Erfolge, 1 erfolglos.
b) 7	" 2 " " " 3 "
c) 13	" 2 " " " 1 "
d) ?	" ? " " " ? "

23 erfolgreich, 6 mit teilweisem Erfolge, 6 erfolglos.

Das vierte Quartal wird nach beiden Richtungen hin durch das amtliche Material ergänzt werden müssen, doch genügt diese provisorische Uebersicht zur Feststellung, daß im Jahre 1901 etwa 888 Streiks mit 81 485 beteiligten Personen stattgefunden haben, denen nach der amtlichen Streikstatistik für 1900 1462 Streiks mit 122 803 Beteiligten und nach der Statistik der Generalkommission 934 Streiks mit 116 214 Teilnehmern gegenübergestellt werden können. Da die Erhebungen der letzteren stets eine geringere Zahl aufweisen, so wird unsre Feststellung für 1901 durch das später von der Generalkommission zu veröffentlichende Material der Gewerkschaftsvorstände noch eine merkliche Abschwä-

chung erfahren. Der Ausgang dieser wirtschaftlichen Kämpfe war 1901 in 159 Fällen erfolgreich, in 318 zum Teile mit Erfolg begleitet und in 462 resultatlos; nach der amtlichen Statistik endeten im Jahre 1900 275 Streiks erfolgreich, 505 mit teilweisem Erfolge und 653 gingen verloren, nach der Gewerkschaftsstatistik ergab sich aber pro 1900 folgendes Bild: in 375 Fällen erfolgreich, in 215 zum Teile mit Erfolg und in 217 erfolglos.

Mehr als jemals waren die Arbeiter 1901 auf die Defensiv angewiesen, Angriffsstreiks kamen verhältnismäßig nur sehr wenig vor. Als bedeutendere Kämpfe des Berichtsjahres wären zu nennen der der Gemeinvalder Weber, der Hamburger Kupferschmiede, der Halleischen Maurer, der Samtscherer in Krefeld, der Scherenschleifer in Solingen, der Tabakarbeiter in Nordhausen, die Aussperrung der Fabrik Schuhmacher in Berlin und der unseelige Generalstreik der Glasarbeiter, über den wir uns genügend geäußert haben. Der Ausgang sowohl dieser wie der kleinen und kleinsten Konflikte veranlaßte unlängst das Correspondenzblatt der Generalkommission zu nachstehender Mahnung: „Die eine eindrucksvolle Lehre aber predigen diese vom Glücke nicht begünstigten Kämpfe des Vorjahres, daß es in der Zeit des Niederganges zehnfach leichter ist, selbst einem aufgedrungener Kampfe aus dem Wege zu gehen und ihn auf günstigere Zeit zu verlegen, als einen solchen siegreich zu beendigen. . . . Wenn daher im kommenden Jahre wie in den folgenden die Vorstände den Streikgesuchen kritischer gegenüberstehen und mehr denn je die Unterstützung geplanter Kämpfe ablehnen werden, so halte man sich die Erfahrungen des Vorjahres vor Augen und vertage allzu eifrige Kampfreue, auch wenn sie noch so berechtigt wären, im Interesse der Organisation.“ Mit diesen eindringlichen Worten wird zweifellos zugegeben, daß im Jahre 1901 manche herbe Erfahrung, Enttäuschung und Erbitterung erspart und so mancher Tausendmarktschein hätte gerettet werden können, wenn mehr mit den gegebenen Verhältnissen gerechnet worden wäre. Möglich, daß das ewige Gezerre von der Kampforganisation und das fortgesetzte Betonen des Kampfstandpunktes oftmals die so sehr nötigen kalten Erwägungen nicht aufkommen ließen und die Erkenntnis dann erst beim Befahren des Schadens dämmerte; auf jeden Fall schließen wir uns aber der Mahnung des Correspondenzblattes an. Der Vollständigkeit wegen sei auch noch auf drei „anders gelagerte Konflikte“ verwiesen, die eines gewissen Interesses durchaus nicht entbehren, nämlich die Metzstreiks gegen die Ortskrankenkassen in Leipzig und München und den Kampf der Berliner Krankenkassen mit dem dortigen Apothekervereine.

Von umfangreicheren ausländischen Streiks verdienen Erwähnung der zu einer großen Aussperrung sich erweiterte Züllweberstreik in Calais, der von den französischen Waffenbrüdern unserer Leipziger Volkszeitungshelden und der Hamburger sozialdemokratischen Sperrbrecher elendiglich vereitelt wurde; die Sozialdemokraten der Emanzipation arbeiteten also 1901 in Welschland wie in Germanien mit gleich günstigen Erfolgen! Ferner der Streik von 18 000 Hafnarbeitern in Mar-

feille, 4000 Landarbeitern in Verona, 8—10000 Metallarbeitern in Kopenhagen, 2600 Arbeitern in der Budapester Damenkonfektion, 3000 Eisenbahnarbeitern in Buenos-Aires, 50000 Maschinenbauern in Amerika und der riesenhafte amerikanische Stahlarbeiterstreik, der ebenso wie die meisten seiner hier genannten Vorgänger verloren ging, denn tatsächlich war das Kriegsglück den Arbeitern im Auslande nicht holdher als den deutschen. Auch in der Häufigkeit der Fälle zeigt das Ausland ebenfalls eine Abnahme. In England kamen 624 Arbeitseinstellungen bei einer Beteiligung von 175 165 Personen vor, in beiderlei Beziehung die geringste Zahl seit 1893; der Ausgang war für die Arbeiter durchweg ungünstiger. Schweden weist wohl 23 Konflikte mehr auf, jedoch ist die Zahl der beteiligten Personen um etwa 4000 geringer wie 1900. An 523 Streiks in Frankreich waren 111 200 Personen beteiligt, mit vollem oder teilweisem Erfolge endeten 308 und 212 mit der Mehrzahl der Streikenden gingen verloren.

Im neuen Jahre werden die in Deutschland obligatorisch gewordenen Einigungsämter gewiß manchem Kampfe mit seinen Folgen vorbeugen und somit eine wertvolle Befähigung der warnenden Worte der Generalkommission bilden. In Amerika ist man ja etliche hundert Meilen weiter, dort soll das Mitte Dezember installierte „Friedensparlament der Arbeit“ berufen sein, Friktionsmöglichkeiten alsbald zu beseitigen und mit einer Differenz zwischen Buchfabrikanten und Arbeitern ist angeblich auch der Anfang dazu erfolgt gemacht. In Deutschland haben wir in dem Einigungsamte für das Holzgewerbe in Düsseldorf schließlich einen Abtatsch im Kleinen, wenn wir Buchdrucker aus den uns gewordenen tausendfachen Anfeindungen daher eine Lehre ziehen wollen, so unterdrücken wir gern unsere Bedenken und halten es auch diesbezüglich mit dem Sprichworte: Der Erfolg krönt das Ende!

Eine andre nicht unbedeutende Rolle spielte im vorigen Jahre der Begriff „Erpressung“ für die organisierten Arbeiter. Auch dieses in Mode kommende Delikt ist eine äußerst gefährliche Bedrohung für Gewerkschaftsfunktionäre, bewertete doch das Landgericht in Raumburg die Androhung einer Sperre als strafbare, mit 14 Tagen Gefängnis zu sühnende That, womit auch das angerufene Reichsgericht sein Einverständnis bekundete. Nicht geringes Aufsehen erregte auch eine im Jahre 1902 erst erlebte Anklage gegen einen Zimmerer in Berlin, welcher im Vereine mit seinen Arbeitsgenossen einen Unorganisierten zum Beitritte bewegen wollte. Dadurch sollte nach Ansicht des Gerichtes dem Zimmererverbände ein Vermögensvorteil verschafft werden, auf den diese Organisation keinen Rechtsanspruch habe, welcher angebliche Versuch mit sechs Wochen Gefängnis geahndet wurde. Eine furchtbare Abrechnung wurde noch über den Maurerstreik in Köslin gehalten, die damals vorgekommenen Straßenkrawalle wurden mit drei Jahren Zuchthaus als Höchstmaß für den Hauptbeschuldigten strafgerichtlich quittiert.

Ueber die Entwicklung der deutschen freien Gewerkschaften im Krisenjahre 1901 läßt sich ein abschließendes Urteil natürlich noch nicht geben, der Jahresbericht der Generalkommission kann darüber erst im Sommer einen wirklichen Nebenblick gewähren, soweit Material vorliegt, werden wir aber schon im Nachfolgenden kurze Mitteilungen darüber bringen. Einige Organisationen haben eine Mitgliederzählung zu verzeichnen, die meisten konnten jedoch ihre Position behaupten und einzelnen gelang trotz aller Schwierigkeiten sogar ein Schritt vorwärts. Wenn die Verhältnisse sich also nicht erheblich verschlechtern, wird der wirtschaftliche Niedergang den deutschen freien Gewerkschaften nicht allzu große Wunden schlagen, dank des von den meisten in den verflochtenen Jahren vollzogenen bzw. versuchten inneren Ausbaues. Als Neugründungen sind bekannt geworden die Vereinigungen der Blumen- und Federarbeiter, der Fensterputzer, der Zivilmusiker und der Kürschnerverband. Verschmelzungen gingen ein die Formier mit dem Metallarbeiter-

und die Berliner Stockarbeiter mit dem Holzarbeiterverbände, die Rauchwarenzurichter mit der neugeschaffenen Kürschnerorganisation. In Halle a. S. und Braunschweig hat die seither lokalorganisierten Maurer gleich zu Anfang des Jahres 1902 die bessere Erkenntnis doch noch zum Uebertritte in den Maurerverband geleitet, hingegen ist in dem Verbände der Möbelpolierer eine neue Sonderorganisation entstanden. Zerstritten haben sich die Einigungsversuche zwischen den beiden Gärtnerorganisationen.

Es ist nur zu begreiflich, daß in Zeiten der wirtschaftlichen Misere die Möglichkeit eines wirksamen Schutzes gegen die Arbeitslosigkeit Gegenstand weitläufiger Erörterungen ist. Für aufgeklärte Arbeiter kommt hier nur die gewerkschaftliche Arbeitslosen-Unterstützung in Betracht, die ein agrarischer Schreihahn im badischen Landtage unlängst höchst geschmackvoll als Faulenzerverversicherung bezeichnete; doch bestehen darüber noch andere Ansichten. So wurde auch wieder die staatliche Arbeitslosenversicherung gefordert und deren Zusammenlegung mit den Berufsgenossenschaften vorgeschlagen. Der Bürgerlicher Professor Schanz will andererseits durch einen behördlich angeordneten Sparzwang den Arbeitern helfen und dies in der Weise, daß allwöchentlich bestimmte Lohnabzüge erfolgen bis zur Ansammlung von 100 Mk. pro Kopf. Uns mangelt Zeit und Raum, diesen Projekten an dieser Stelle näher zu treten, wir wollen nur die bei den Zimmerern, Stuccateuren, Mauern und Sattlern im Berichtsjahre erfolgten Ablehnungen der Arbeitslosen-Unterstützung bedauern, mit denen in fast allen Fällen den betreffenden Leitungen kein Gefallen erwiesen wurde; das souveräne Volk wußte es eben besser. Ihre Einführung beschlossen dagegen die Müller und der Bäckerverband, so daß jetzt 23 von den freien Gewerkschaften diese Unterstützung gewähren.

Kongresse und Generalversammlungen fanden 28 statt, zu denen auch der internationale Glasarbeiterkongreß hinzuzurechnen ist.

Als neue Gewerkschaftsblätter reichten sich den bestehenden 51 an: Der Stuccateur, Die Sanitätskarte und die Monatsblätter des Lagerhalterverbandes. Unser Corr. ist mit seinen 40 Jahren das älteste Gewerkschaftsorgan, danach folgen im 33. Jahrgange Der Handschuhmacher, im 31. der Correspondent für Hutmacher, im 29. die Ameise, im 20. die Metallarbeiter-Zeitung.

Als ein erfreuliches Faktum des Jahres 1901 verdient die in Angriff genommene Fürsorge für die Gewerkschaftsangehörigen Erwähnung, wie sie in dem Entwurfe der Generalkommission der allgemeinen Begünstigung unterbreitet wurde und in den von der Metallarbeiterorganisation und dem Vereine Arbeiterpresse getroffenen diesbezüglichen Einrichtungen vorläufigen Ausdruck gefunden hat. Die Regelung der Arbeitsverhältnisse unserer besoldeten Beamten wird ja wohl die Befriedigung manches Wunsches und mancher Notwendigkeit ausschließen — dies schöne Vorrecht wird man doch wenigstens neidlos gelten lassen? — aber zu begrüßen sind die Ansätze dazu unter allen Umständen, gleichviel ob das Projekt in allen Punkten konveniert oder nicht. In dieser Beziehung sieht es bekanntlich noch recht böse aus, wie erinnerlich hielt Redakteur Bruno Boersch noch im vergangenen Jahre in der Sozialen Praxis eine erbauliche Standrede über das Thema „Der Arbeiter als Arbeitgeber“. Auch unsere Generalversammlung wird sich mit diesem Thema zu befassen haben.

Die in einer ansehnlichen Zahl von Orten bestehenden Gewerkschaftshäuser verursachten verschiedentlich Kopfschmerzen. Obwohl die Errichtung solcher vielfach zur absoluten Notwendigkeit wurde, mangelte es doch meistens an der wünschenswerten Unterstützung, oft fehlten auch die finanziellen Vorbereitungen, manchmal wohl auch die richtigen Leute zur Leitung eines derartigen Unternehmens. Der Konkurs des Saalbaues in Fürth förderte zum Beispiele die Thatfache ans Licht, daß bei einem mobilen Kapitale von 2200 Mk. für das benötigte Grundstück 89 000 Mk. und für den Bau

200 000 Mk. erforderlich waren! Das ist doch im höchsten Grade ungesunde Spekulation, wie auch das von Koburg entrierte öffentliche Klingelbeutel zu gunsten eines Gewerkschaftshauses daselbst entschieden zu verurteilen ist. Es wird künftig ganz besonderer Vorsicht bei Realisierung solcher Projekte bedürfen, sollen die Erfahrungen nicht schlimmer werden. In Pforzheim sind dieselben ebenfalls nicht die besten, sogar das Berliner Gewerkschaftshaus vermag den finanziellen Anforderungen nicht zu genügen. An größeren Orten eröffneten Frankfurt a. M. und Mannheim Gewerkschaftshäuser, die Errichtung weiterer steht in Köln und Hamburg in Aussicht.

Im Gegensatz zu dem unbestreitbaren Rückgange der Streiks scheint nach unseren Beobachtungen die von deutschen Gerichten und Polizeibehörden der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung bezugte Teilnahme zu stehen, die zu diesem Zwecke angewandten Mittel und Mittelchen zeugten von wahrhaft erfindereicher Begabung der diversen von Gottes und anderen Gnaden eingesetzten Obrigkeiten. Die vom Baugewerbe so heiß ersehnte und allenthalben verlangte Streik Klausel wurde zwar von den preussischen und sächsischen Ministerien und anderen Behörden offiziell abgelehnt, in der Praxis bedeutet jedoch die zugesagte „wohlwollende Berücksichtigung der Verhältnisse“ eine veritable Acceptierung der bezüglichen Unternehmerwünsche. Die Anklagen wegen Streikpostenstehens haben sich verringert, obwohl bei der Berliner Schuhmacherauspeerrung wegen dieses Deliktes allein 56 Strafmandate verhängt wurden. Die Aufhebung der bekannten Lübbischen Streikpostenverordnung durch das Reichsgericht hat hier jedenfalls etwas klärend gewirkt. In der größten Hansestadt Hamburg hat man als Ersatz für diese Enttäuschung dafür aber eine äußerst gelungene Ueberraschung zu stande gebracht, indem man nämlich das Kontorfeie eines streikenden Arbeiters mit der bekannten sanften Gewalt für das Verbrecheralbum aufnahm. Die von den Bundesstaaten Anhalt, Braunschweig, Meckl. v. L. geschaffenen und von Altenburg unsern Wissens ebenfalls angestrebten Kontraktbruchgesetze gegen Landarbeiter fanden bei der Halberstädter Handelskammer ungeteiltesten Beifall, so daß eine an das preussische Abgeordnetenhaus von dieser Stelle gerichtete Petition, derartige Bestimmungen auch für die Industriearbeiter zu treffen, wohl als Triumph der Rückständigkeit gelten kann. Die freie Ausübung des Koalitionsrechtes wurde der Arbeiterschaft in Elsaß-Lothringen, Schwarzburg-Sondershausen und Sachsen-Weimar durch die ganz verkehrte Politik der großen und kleinen Nationalische sehr erschwert. Mit anderen Mitteln versuchte man in Braunschweig, Bayern und der Stadt Magdeburg zu dem gleichen Ziele zu gelangen, die Erklärung der Gewerkschaften zu Versicherungsgesellschaften war in diesen Fällen das hauptsächlichste Moment. Der Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter hatte auch im Jahre 1901 wegen Nichteinreichung von Aenderungen des Mitgliederzeichnisses viel Scherereien, die Zahlstelle der Schuhmacher in Posen sollte absolut ein politischer Verein sein, von welcher Ansicht der zuständige Regierungspräsident schließlich aber wieder abging, und in Bayreuth leistete man sich das Heldenstückchen, die Zahlstelle des Glasarbeiterverbandes als politischen Verein zu erklären, weil deren Mitglieder den „bisweilen politischen Artikel bringenden Sachgenossen“ lesen! Das eine ganze Serie von Verfrömmungsordnungen aufhebende Kammergerichts Urteil, wonach jetzt öffentliche und Vereinsversammlungen zu jeder Zeit an Sonn- und Festtagen abgehalten werden können, war schließlich eine Entschädigung für die vielen überflüssigen wie unklugen Schikanen, die in dem bekannten, in einigen westfälischen Bergbezirken spielenden Frühlingschoppenprozeß einen geradezu belustigenden Ausdruck fanden. Leider hat jedoch das Oberverwaltungsgericht in einer gegen das Berliner Polizeipräsidium gerichteten Klage den entgegengesetzten Standpunkt des Kammergerichtes vertreten und die angefochtenen sogenannten Verfrömmungs-

ordnungen für zu Recht stehend erklärt. Der Wirrwarr in der Rechtsprechung unserer höheren Instanzen wird nachgerade unbeschreibbar.

Eine große Bedeutung hatten die stattgefundenen Prozesse auf Schadenersatz wegen durch schwarze Listen begangener Betrugsverurteilung. Die §§ 824 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches erscheinen zwar dem Laienverstande als in jeder Beziehung bestimmt zur Verlangung solcher brutalen Unternehmungen, die den für sein Recht eintretenden Arbeiter für ganze Orte und Gewerbe verfehlen, aber der gefesselte Richter faßt die Sache von einem andern Gesichtspunkte aus auf und so entstehen denn die seltsamsten Urteile; das Oberlandesgericht in Köln hat z. B. die schwarzen Listen der Unternehmer direkt für strafrei und das Potsdamer Landesgericht für ein berechtigtes Schutz- und Abwehrmittel der Unternehmer erklärt. Abgewiesen wurden ebenfalls die betreffenden Klagen gegen die Emailierfirma Wortmann & Ebers in Düsseldorf, die eines Berliner Gusspokers und die Klage gegen Blohm & Voß in Hamburg. Durchgekommen ist unser Wissen bisher nur ein gleicher Prozeß gegen die Firma Seebek in Geestemünde, in welchem, im neuen Jahre erledigten Falle das Landgericht die Schadenersatzpflicht des Unternehmers aussprach. Zu allen diesen Prozessen brachte das viel besprochene Reichsgerichtsurteil in Sachen des Kommerzienrates Kuhn in Zuffenhausen untrüglich erst den Stein ins Rollen, die solidarische Verurteilung einer Anzahl Heilbronner Metallarbeiter wegen verweigerter Streikarbeit für Kuhn bleibt tatsächlich auch eine sehr bedenkliche Erscheinung unserer an Merkwürdigkeiten gewiß nicht armen Rechtsprechung. Daß dem Unfuge größtenteils Art, wie er mit Versehen von schwarzen Listen wirklich begangen wird, unbedingt gesteuert werden muß, zeigt das Verhalten der Kaiserlichen Werft in Kiel, die gleichfalls 51 Arbeiter in Verurteilung brachte. Wo also nur irgendwie diesbezüglich den Unternehmern beizukommen ist, möge die Arbeiterschaft nur immer wieder den Weg der Schadenersatzklage beschreiten.

Die Bedeutung der Gewerkschaftskartelle — am 1. Oktober 355 — kann durch die vom Landgerichte in Wiesbaden erfolgte Anerkennung „als berechtigte Vertreter der Arbeiterschaft“ nur gewinnen. Durch Veranstaltung von Arbeitslosen-zählungen haben sich dieselben im abgelaufenen Jahre besonders verdient gemacht. In Berlin ist ein „nichtsozialdemokratisches“ Arbeiterkartell errichtet worden.

Die Arbeitersekretariate sind nicht nur bei der Arbeiterschaft, sondern auch bei den Behörden an Wertschätzung gestiegen, obgleich ihre Zahl am 1. Januar 1902 nur 32 betrug. In Posen, Weuthen, Oera versuchte man nämlich die Auskunfts-erteilung als Gewerbebetrieb im Sinne des § 35 der Gewerbeordnung zu deklarieren, soweit wir unterrichtet, ist es aber bei diesen sonderbaren Versuchen geblieben. In erfreulichem Gegensatz hierzu steht die dem Gotschaer Sekretariate von Staats wegen geleistete Beihilfe von 2000 Mk. pro Jahr, welche anerkanntswerte sozialpolitische Maßnahmen bis jetzt jedoch noch keine Nachfolge gefunden hat.

Den Rechenschaftsbericht der Generalkommission für 1901 können wir nach unseren erspähenden Mitteilungen kurz erledigen. Die Einnahmen erstreckten sich auf 98 205,78 Mk., worunter 74 000,08 Mk. Quartalsbeiträge. Die Steigerung der letzteren um 12 996 Mk. wie überhaupt deren regelmäßiger Eingang erscheint der Generalkommission ein Beweis, daß die Krise den Gewerkschaften bisher noch keinen merklichen Schaden zugefügt hat. An Ausgaben stehen 70 145 Mk. zu Buche. Für allgemeine Agitation wurden 2876,29 Mk., für Posen 4065 Mk., für Ost- und Westpreußen 1535 Mk., Oberhessen 2674,37 Mk., Elsaß-Lothringen 111,41 Mk. vorausgibt. Die Vertreterwahlen zum Reichsversicherungsamt erforderten 5812,03 Mk., die von der Generalkommission herausgegebenen fremdsprachlichen Gewerkschaftsblätter *Dziwnia* und *Operaio Italiano* 6116 bzw. 1214,22 Mk. Zuschuß. Das sich immer mehr vervollkommende

Correspondenzblatt erhöhte seine Auflage von 10 900 auf 12 100 Exemplare. Darfassen wurden gewährt dem Glasarbeiterverbände 3000 Mk., den Stuccateuren 1000 und den Tabakarbeitern 3000 Mk.; einschließlich der sicheren Darfassen beträgt das Gesamtvermögen 50 920,04 Mk. — In 44 Sitzungen der Generalkommission sowie in 4 des Gewerkschaftsausschusses wurden die vielen Obliegenheiten unserer Gewerkschaftszentrale erledigt, von denen namentlich die in den rüchständigen Gebieten entfaltete Agitation viele Schwierigkeiten vermuten läßt. In Straßburg, Danzig, Königsberg, Bromberg, Posen, Weuthen bestehen mit Unterstützung der Generalkommission besondere Agitationskommissionen resp. in den letzteren beiden Orten von derselben unterhaltene Institute. Die einheitlich angelegte Streikstatistik ist den gemachten Erfahrungen entsprechend nochmals einer Revision unterzogen, eine periodische Berichterstattung über die Lage des Arbeitsmarktes scheidete an den von den meisten Organisationen hervorgehobenen Schwierigkeiten. Die Vorbereitungen zu den Wahlen für das Reichsversicherungsamt nahmen mehr als die Hälfte des Jahres in Anspruch, der Erfolg hat diese Mühen jedoch wenigstens gelohnt. Außer den Einigungsversuchen zwischen den Möbelpolierern Berlins und dem Holzarbeiterverbände, den gleichen zwischen Buchbinder- und Portefeuilleverband macht der Bericht noch die Haltung der Generalkommission zum Glasarbeiterstreik zum Gegenstande besonderer Ausführungen, über die schließlich noch auf dem Gewerkschaftskongresse geredet werden wird. (Schluß folgt.)

Der Staatsanwalt

spielt bei unseren allernmodernsten Arbeitern eine ganz hervorragende Rolle. Nachdem alle Versuche, mit Hilfe der Massen in der sozialdemokratischen Partei den Buchdruckerverband vernichten zu können, eulenbüchlig Schiffbruch gelitten, klammern sich unsere modernen Helden an den letzten Rettungsanker, an den Staatsanwalt! Der „Schredner“ vor diesem soll den Corr.-Redakteur stumm und seine Feder stumpf machen, die „Gerichte des Klassenstaates“ sollen die Revolutionäre mit dem dreifachen r in Schutz nehmen und die Hiebe ablenken, die verbitterten Mägen auf die plattgedrückten Schädel der zielbewußtesten Denker niederhauen. Es ist aber gar nicht daran zu denken, daß wir bei diesem notwendigen Verfahren in Zukunft auch nur die geringste Rücksicht nehmen auf die feierlichen Prozeduren sozialdemokratischer Arbeiterswilliger zum Staatsanwalt.

Wenn wir im Corr. auch nur höchst selten der 200 Mann starken Avantgarde anarchoföder. Drunter- und Drübermenschen die Ehre der Erwähnung erweisen, so zwingt uns heute in erster Linie die Tatsache dazu, daß die Streifbrecher in der Leipziger Volkszeitung den traurigen Mut gefunden haben, durch eine Klage gegen den Corr.-Redakteur sich ihren „idealen“ Streifbruch auch gerichtlich bestätigen zu lassen. In zweiter Linie veranlaßt uns die Berichterstattung der Leipziger Volkszeitung zu einer eingehenden Behandlung dieser Klage, weil auf Grund ihres erstellten und tendenziösen Berichtes, der nur übertroffen wird durch die Unfähigkeit des Schreibers, überhaupt druckfähige Zeilen zu schreiben, in der sozialdemokratischen Presse bereits Schlussfolgerungen an den Ausgang der Klage geknüpft werden, die total hin fällig sind, weil der betr. Herr eben keine blasse Ahnung von der Arbeit eines Berichterstatters hat, ganz abgesehen von den böswilligen Verdrehungen des Berichtes, wie sich das bei der Leipziger Volkszeitung ja ganz von selbst versteht, wenn Buchdruckerangelegenheiten in Frage stehen. Doch nun vorerst, wie üblich, die Intro-

In Nr. 58 des Corr. vom 18. Mai 1901 erschien ein mit „Sola“ unterzeichneter Artikel, welcher das f. B. von den Gewerkschaften herausgegebene Flugblatt behandelt, in dem sich die Ueberidealkisten von der Leipziger Affaire reinzuwaschen versuchten. In dem genannten Artikel war wiederholt von der „Pinker-ton-Gewerkschaft“, von „prinzipieller Streifbrecherei“ von dem „Leipziger Schandflecke“ und davon die Rede, daß die Gewerkschafter „Arm in Arm mit den Gutenbergs-Bündlern streifbrechend ziel- und klassenbewußt durchs Leben walden!“ Daß sich die davon Betroffenen dadurch geschmeichelt fühlen sollten, lag nicht in unserer Absicht, wie ausnehmend irrtümlich von den Streifbrechern angenommen wurde, denn erst nach Monaten und zwar einen Tag vor Ablauf der hierfür festgesetzten Frist, haben die Streifbrecher Curt Hellmann und Bernhard Steibel in Leipzig sich darauf besonnen, daß sie sich eigentlich „beleidigt“ und in ihrer Ehre gekränkt fühlen können. Diese eigentümliche Tatsache stellte auch der Vorsitzende des Gerichtshofes, Herr Amtsrichter Dr. Hänel, mit Befremden fest. Bald hätten wir vergessen, daß auch der Gewerkschafter Emil Henzig in Stettin,

beschäftigt in der Buchdruckerei des ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Herbst, sich dieser Klage angeschlossen. Warum diese Mobilisierung des Prähwinkler Landsturmes, denn anders sind wir nach der persönlichen Bekanntschaft mit den beiden erstgenannten Herren nicht in der Lage, diese „Revolutionäre“ einzuschämen, gegen den Corr.-Redakteur eingeleitet wurde, haben wir eingangs bereits gesagt, und daß die eigentlichen „Organisatoren des Sieges“ vom 15. März 1902 sich wohlweislich im Hintergrunde hielten, verübeln wir ihnen nicht, denn bei einer Widerlage hätten sie nicht am vorteilhaftesten abgeschnitten.

So brach denn der „große Tag“ an und nach dem üblichen zweifelhafte „akademischen Bierel“ zierten wir zum kindischen Vergnügen der „Herren Privatkläger“ die „Anklagebank“. Die Verurteilung des Vorsitzenden, einen Verzeigung herbeizuführen, mußten natürlich scheitern, weil einmal die „Herren Privatkläger“ dazu von ihren Hintermännern keinen Auftrag hatten und wir erst recht nicht dazu willens gewesen wären. Der Herr Vorsitzende, unter dessen Amtstätigkeit unser Strafstoß wiederholt belastet worden ist, forderte von uns zunächst eine Schilderung der Ursachen des Konfliktes unter den Buchdruckern sowie über den Streik in der Leipziger Volkszeitung. Es würde unsere Leser nicht weiter interessieren, darauf hier näher einzugehen, da ihnen ja die Materie zur Genüge bekannt ist. Hatten gelegentlich der Leipziger Verhandlungen mit dem Parteivorstande die Schneider, Berthmann usw. im Hochgenusse ihrer rettenden und idealen That geschwelgt, so war davon bei den Herren Hellmann und Steibel keine Spur zu finden, vielmehr klappten sie ersichtlich zusammen, als der Vorsitzende die Frage an sie richtete, ob sie die Stellen der gemäßigten Gehilfen in der Leipziger Volkszeitung besetzt. Das „Ja“ kam recht gedrückt heraus. Der junge Steibel, der f. B., ohne seine Klüdigungsfrist auszuhalten, streifbrechend von Dessau nach Leipzig geeilt war, hatte später das Mißgeschick, in zündenden Worten diejenigen als moralisch verkommene Leute zu bezeichnen, die ihren Arbeitsbrüder in den Rücken fallen, was uns veranlaßte, ihm zu bemerken, daß er nach dieser Theorie seine Praxis einrichten möge. Daß die Herren natürlich keine Streifbrecher im gewöhnlichen Sinne des Wortes sein wollen, ist verständlich, als solche, sogar „schlimmster Sorte“, bezeichnete sie aber der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete von Elm und die sozialdemokratische Brandenburger Zeitung. Diesen unsern Hinweis fälscht der Berichterstatter der Leipziger Volkszeitung dahin um, daß wir gesagt hätten, der Parteivorstand betrachte die in der Leipziger Volkszeitung Eingeprengenen ebenfalls als Streifbrecher. Wahr ist, daß unser Verteidiger auf die Resolution des Parteivorstandes vom 5. Dezember 1901 hinwies und jagte, daß auch der Parteivorstand die Handlungsweise der Leipziger Volkszeitung verurteile. Wiederholt machte der Vorsitzende des Gerichtshofes, der sich als unterrichtet in dieser Angelegenheit bezeugte, darauf aufmerksam, daß auch in der sozialdemokratischen Presse die Leipziger Affaire abfällig beurteilt worden sei. Als sich die Herren Hellmann und Steibel in ihrem lange aufgestapelten Grolle gegen den Angeklagten, der f. B. an das Friedensamt geschriebe hatte, daß er nicht länger, als es zwangsweise notwendig sei, in einem Raume mit jenen Herren verweilen wolle, zu beleidigenden Äußerungen gegen uns hinreißen ließen, rügte dies der Vorsitzende, was den Verteidiger der Genossen veranlaßte zu bemerken, daß ja auch Herr Neghäuser heute wiederum nicht wäherlich in seinen Ausbrüden sei. Darauf erwiderte der Vorsitzende wörtlich: „Ich kenne schon aus früheren Verhandlungen die humorreiche Sprache des Herrn Neghäuser, aber es ist verständlich, daß er in dieser Angelegenheit sich scharf äußerte.“ Vorher schon hatte der Vorsitzende die Kläger darauf aufmerksam gemacht, daß dem Angeklagten sehr viele mitderende Umstände zur Seite ständen und daß er nach Lage des Falles eine erhebliche Strafe nicht zu gewärtigen habe.

Einen breiten Raum der Erörterung nahm die von uns für die Gewerkschafter gewählte Bezeichnung Pinkerton's. Wenn wir auch aus guten Gründen uns in der Erklärung dieses Wortes der größten Zurückhaltung befleißigten, so müssen wir doch gegen den uns in der Leipziger Volkszeitung in den Mund gelegten Wöböffin protestieren, daß man in America die Streifbrecher als Pinkertons bezeichne. Wir haben vielmehr vor Gericht ausdrücklich die Pinkertons als Privatpolizei amerikanischer Großindustrieller bezeichnet und eine Nummer der Buchdrucker-Wacht auf den Gerichtstisch niedergelegt, worin Herr Kressin das „Avancement“ der Gewerkschafter verkündet. Da wir ferner auf die „Dienste“ der Pinkertons hinwiesen, welche sie während des Streiks auf den Carnegie'schen Stahlwerken in Pittsburg geleistet, erhellt wohl zur Genüge, daß entweder der Berichterstatter böswillig oder in seiner Unfähigkeit als Berichterstatter uns das Gegenteil des Gesagten in den Mund gelegt. Uebrigens haben wir früher über die Pinkertons geschrieben und gesprochen, als der betr. Berichterstatter diesen Namen überhaupt gehört hat. Der Vorsitzende fand in der Bezeichnung Pinkertons eine Beleidigung, wie er überhaupt aus dem ganzen Artikel die Absicht der Beleidigung schlussfolgerte. In der Leipziger Volkszeitung wird uns ein Vorwurf daraus gemacht, daß wir die Absicht einer Beleidigung der Kläger bestritten haben, sodann aber uns in den Mund gelegt, daß wir deren Hintermänner beleidigen wollten. Weder das eine noch das andre ist richtig. Wir haben vor Gericht betont, daß es uns lediglich darum zu

thun war, die Praktiken der Gewerkschaft festzustellen; wenn bei deren Schlichtung sich jemand beleidigt fühlte, ist uns das gleichgültig, zum Zwecke der Beileidigung aber sind unsere Artikel nicht geschrieben. Diese Ehre erweisen wir Streikbrechern nicht. Unsere Behauptung, daß die Privatkläger nur vorgegebene Personen sind, können wir nicht juristisch beweisen, aber wer die Dinge und die Personen kennt, ist unserer Meinung, der wir in diesem Sinne auch vor Gericht Ausdruck gegeben haben. Es ist somit eine Lüge des Berichterstatters der Leipziger Volkszeitung, daß wir erklärt haben sollen, die Absicht gehabt zu haben, nur die Leitung der Gewerkschaft zu beleidigen. Wir haben den Herren samt und sonders eins auf die Mütze gegeben, und wie sie die Verteilung dieser Stiche vornehmen wollen, ist eine rein häusliche Angelegenheit der Leipziger Arbeitswilligenkolonie. Wir bleiben auf dem Standpunkte stehen, daß die Streikbrecher in der Leipziger Volkszeitung sich in nichts von anderen Streikbrechern unterscheiden und das haben wir in vollem Umfange auch vor Gericht vertreten. Auch das Urteil, das den Leipziger Streikbruch völlig außer Betracht ließ, ändert an unserer zukünftigen Haltung in diesem Punkte nichts. Selbstverständlich liefern wir uns nicht selbst ans Messer und suchten unsere Position als „Angeklagter“ aufs Beste wahrzunehmen, abgesehen davon, daß wir prinzipiell keinen Schritt davon abwichen, daß mit der Sanktionierung des Leipziger Streikbruchs durch den Kongress der Gewerkschafter nach unserm Dafürhalten der Streikbruch in der Gewerkschaft prinzipiell als Mittel „zur Förderung der Gewerkschaftsbewegung“ anerkannt ist. Diesen Standpunkt vertreten wir auch vor Gericht und fanden nur insofern die Zustimmung des Gerichtshofes nicht, daß von dem Leipziger Falle aus nicht geschlußfolgert werden dürfe, die Gewerkschaft „wolle auf der Bahn prinzipiellen Streikbrechertums“ ansharren. Der Angeklagte habe hier vom Einzelfalle (des Streikbruchs) abstrahiert und mit dem im Eingange unsers Artikels bereits erwähnten Ausbrüchen die Privatkläger beleidigt. Da dieselben auf die Frage des Vorstehens, ob ihre Organisation eine sozialdemokratische sei, mit „ja“ geantwortet hatten, sei es vom Standpunkte der Sozialdemokratie aus eine Beleidigung der Gewerkschaft, wenn denselben „prinzipielles Streikbrechertum“, „Pinfleton-Gewerkschaft“ usw. zum Vorwurfe gemacht werde. Trotz alledem sei aber dem Angeklagten der Schutz des § 193 nicht ganz zu verlagern, da es verständlich sei, daß er als Redakteur leichter mit den Strafgesetzen in Konflikt kommen könne, ferner seien grobe Unschuldbildungen in dem Artikel nicht enthalten und es sei auch ein subjektiv berechtigtes Interesse des Angeklagten unverkennbar. Zwar sei er wegen Preßbeleidigung öfters vorbestraft, dies könne aber den Gerichtshof nicht hindern, auf eine milde Strafe zu erkennen. Wie bereits mitgeteilt, wurde mit 25 Mk. Geldstrafe — kommen auf jeden der „Herren Privatkläger“ 8 Mark 33, Pf. — die lädierte Ehre der Herren Hennig, Hellmann und Steibel wieder hergestellt und war gleichzeitig der Gerechtigkeit Genüge getan.

Selbstverständlich begrüßen wir als Arbeiter dieses Gerichtsurteil nicht mit der kammbaldischen Begeisterung wie die Gewerkschaft und die Leipziger Volkszeitung es thun, wir sind viel zu wenig begeistert für die „Gerichte des Klassenstaats“ — dazu müßte man ein hypermoberner Leberrezeptionsfunktionär sein! — aber interessant ist die Thatsache, daß sich die Gewerkschafter auch vor Gericht unter die schützenden Fittiche der Sozialdemokratie geschildert, um auf diese Weise ein Gerichtsurteil zu provozieren, wonach die Prinzipien der Gewerkschaft und der Sozialdemokratie mit einander identisch sind. Denn nur auf Grund ihrer „sozialdemokratischen“ Gewerkschaft war das Gericht in der Lage, den Klägern ein verletztes Recht zuzubilligen, das seit Jahren auf Grund objektiver und subjektiver Entstellungen konstruiert ist. Auf Grund des obigen Urteils werden die Hintermänner der Privatkläger sich erst recht auf die Hochsöhne der Sozialdemokratie anklammern, welche für uns höchst ergötzliche Situation wohl mit 25 Mk. nicht zu teuer erkaufte ist.

Wir haben wiederholt auf den unfähigen Berichterstatter der Leipziger Volkszeitung hingewiesen. Es interessiert sicher unsere Leser, diesen Herrn näher kennen zu lernen. Es ist der Herr Seeger, ehemaliger Händler von Schneiderartikeln, Delegierter der Schneidergewerkschaft zum Frankfurter Gewerkschaftskongress, jetzt Redakteur der Leipziger Volkszeitung und Buchdruckerpresseur comme il faut! Bereits im Jahre 1893 machte sich dieser Herr als wütender Gegner der Buchdrucker in der Leipziger Arbeiterschaft bemerkbar, so daß sich Herr Gajch veranlaßt sah, den Herrn Seeger als „wirrköpfigen Jüngling“ zu bezeichnen, auf den ganz unnötigerweise die Schneidergewerkschaft große Hoffnungen setzte. Dieser Herr machte sich zwar von Rechts wegen, aber nicht von Verstandes wegen das Amt eines Berichterstatters an, und schon seine erste Zeile verrät, wessen Geistes Kind dieser Herr „Redakteur“ ist. Er schreibt nämlich, und die Nacht drückt es breitspurig nach: „Reizhäuflers Schimpfungen in gerichtlicher Beleuchtung“. Man sollte nun denken, diese „gerichtliche Beleuchtung“ würde dem „Delinquenten“ mindestens ein halbes Jahr Gefängnis eingebracht haben, statt dessen hat vom ersten Augenblicke an bis zur Urteilsverkündung der Vorliegende des Gerichtshofes fortgesetzt auf die mitberedenen Umstände hingewiesen, welche dem Angeklagten zur Seite ständen. Worin besteht denn weiter diese „gerichtliche Beleuchtung“? Vielleicht in der Zu-

billigung des Schutzes des § 193? Uns dünkt, daß mit seinem Gerichtshof-Artikel Herr Seeger in einer „Beleuchtung“ erscheint, auf die weder er noch seine Arbeitgeber stolz sein können. Ferner schreibt Herr Seeger: „Die Verhandlungen mußten nicht weniger als viermal wegen Ausbleibens Reizhäuflers, der immer krank war, vertagt werden.“ Das ist eine Lüge. Die Verhandlungen sind einmal vom Gerichte selbst aus uns unbekanntem Grunde, einmal wegen unser Abwesenheit (zu den Tarifverhandlungen in Berlin) und zweimal wegen unserer Krankheit, welche durch ärztliches Attest nachgewiesen war, vertagt worden. Will vielleicht ein Seeger den Lesern der Volkszeitung glauben machen, wir hätten Furcht vor dieser Verhandlung gehabt und deshalb den kranken Mann mortkirt? Da kennt Seeger allerdings Buchholzen schlecht. „Zur heutigen Verhandlung“, schreibt Seeger, „erschien er (R.) in körperlicher und geistiger Frische“, was wir bitten, je nach persönlicher Zu- oder Abneigung zur Notiz zu nehmen. Da Seeger unsere „geistige Frische“ konstatiert, so muß dieselbe doch in der Verhandlung hervorgetreten sein, aber jedenfalls nicht zu Gunsten der Streikbrecher und ihrer Hintermänner. Den Versuch des Herrn Berichterstatters, uns in seinem Berichte als „dummen August“ erscheinen zu lassen, widerlegt Seeger somit am gründlichsten selbst. Eine Lüge ist es ferner, daß wir gesagt hätten, die Träger der Strömung von 1896 gehörten der sozialdemokratischen Partei an. Wir haben lediglich hervorgehoben, daß eine Anzahl sozialdemokratischer Blätter jene Leute unterstützten. Wenn ferner Herr Seeger das Urteil dahin umändert, daß es besagt haben soll, in dem Artikel seien „schwere Beleidigungen“ enthalten, wie reimt sich damit Seeger das bei unseren Vorstrafen milde Urteil von 25 Mk. Geldstrafe zusammen? Bedarf es ferner im Gerichtsurteile einer Begründung dafür, daß eine schwere Beleidigung „verleugert empfunden“ werden muß? In diesem Wortlaute ist im Gerichtsurteile nichts enthalten, das hat Herr Seeger in seiner Unfähigkeit lediglich wie Kraut und Rüben durcheinandergebuddelt. Richtig ist, daß wir gesagt haben, man könne Artikel nicht mit Milch oder Wasser schreiben, eine Lüge ist, daß wir hinzugefügt hätten, „man müsse kräftig einhauen“.

Eine Unverschämtheit des Herrn Seeger ist es, unsern Verteidiger die Worte in den Mund zu legen: „Nicht die Privatkläger, sondern das Zentral-Komitee sollte beleidigt werden.“ Herr Rechtsanwalt Dr. Schiller betonte ganz mit Recht, daß sich die Herren, gegen welche sich die Kritik des Artikels richtete, wohlweislich im Hintergrunde hielten, dagegen seien ein paar harmlose Menschen ins Feuer geschickt worden, welche mit dem Flugblatte gar nichts zu thun hätten, wie die Herren Hellmann und Steibel vor Gericht auch befundenen. Die von den Klägern gegebene Schilderung des Streiks in der Leipziger Volkszeitung war so abgefaßt, daß sie auf den Gerichtshof völlig wirkungslos blieb und uns nicht einmal Anhalt zu einer Erwiderung bot.

So haben denn die Herren ihren „Sieg“ weg und wir gönnten ihnen diesen Triumph aufrichtig. Was ist uns Hellmann, was Steibel? Leute, die das Unwürdige ihrer Situation nicht ganz verleugnen konnten, während diejenigen, gegen die sich in erster Linie unsere Kritik richtete, Leute, mit denen wir seit Jahren im Kampfe leben, sich feig hinter ihre Strohmänner verstecken. Alle Achtung vor solchen „Genossen“!

Eine Berichtigung haben wir noch an die Adresse der Sächsischen Arbeiterzeitung zu richten. Sie schreibt in ihrem Artikel über diesen Prozeß: „Während aber in früheren Prozessen Reizhäufler der Kläger war, ist er diesmal der Angeklagte“. Diese Darstellung der Sächsischen Arbeiterzeitung ist unrichtig. Wir haben nur ein einziges Mal, und zwar im Jahre 1897, den Gajch wegen größlicher persönlicher Beschimpfungen verurteilt. Nachdem Gajch seine Beleidigungen zurücknahm, kam ein Vergleich zu stande. Das sind unsere Klagen, dagegen sind wir nunmehr unter der Aera Kressin-Pollender bereits das fünfte Mal bestraft worden, ohne daß wir jemals das Gericht angerufen hätten. Dafür sind wir auch als unwürdiges Mitglied aus der sozialdemokratischen Partei hinausgeworfen worden — wie man aber würdig die sozialdemokratischen Prinzipien vertritt, beweist der Streikbruch in Leipzig und die obige Gerichtsverhandlung.

Rundschau.

Der Verband der elsass-lothringischen Buchdrucker hat seinen Rechenschaftsbericht für das Jahr 1901 verfaßt, auf dem zu entnehmen, daß unser nachbarlicher Verband während des Berichtsjahres gleichfalls im Zeichen des Tarifes stand, wobei ihm die weniger stark als in Altdeutschland auftretende Krise die Arbeit wesentlich erleichterte. Bis auf den Ort Müllhausen konnten alle übrigen Druckorte eine fast glatte Einführung eines verbesserten Lohngesetzes berichten. Auf dem Verwaltungsgebiete ist namentlich die Ueberführung der Invalidenfasse in den Verband an erster Stelle bemerkenswert, diese fakultative Witwen- und Invalidenfasse gewinnt immer mehr an Ausdehnung, auch verdient das Bestreben, die die Organisation schädigende Ueberversicherung der Mitglieder bei Krankheit einzudämmen, Erwähnung. Den § 616 des B. G. B. hat sich in Rede stehender Verband durch einen Professor der Straßburger Universität interpretieren lassen und werden die Mitglieder aufgefordert, dessen Auslegung, „daß für unfreiwillige Arbeitszeitverjäm-

nisse anlässlich der Musterung, Kontrollverjämung usw., sofern die thätigkeitsgebundene Zeit nicht überdrückt würde, durch den Arbeitgeber keine Lohnabzüge gemacht werden dürfen“, streng zu befolgen. Im allgemeinen ist die Organisation unserer elsass-lothringischen Kollegen dem Deutschen Buchdruckerverbande aus leicht begreiflichen und auch nur zu begrüßenden Gründen möglichst ähnlich gestaltet, was im großen und ganzen auch vom Tarife gesagt werden kann. Auch die Oeffnen abzuhaltende Generalversammlung wird — nach den vorliegenden Anträgen zu schließen — diesen Rahmen kaum verlassen. Die Jahresrechnung, welche in Rücksicht auf die Mitte des Berichtsjahres überführte Invalidenfasse in zwei Teilen zur Veröffentlichung kam, setzte mit 43.141,17 Mk. Vermögen ein, übernahm am 1. Juni das Invalidenfassenvermögen in Höhe von 55.683,93 Mk. und konnte für 1902 104.118,64 Mk. Casho vortragen. Insgesamt betrug die Ausgabe 25.995,16 Mk., von der wir besonders nennen: für Reisende 2920,50 Mk., Arbeitslohe 3277,25 Mk., Gemahregelte 315,12 Mk., bei Abreise und Umzug 556,20 Mk., für Kranke 10.117,40 Mk., Invaliden 3599 Mk., in Sterbefällen 626,44 Mk., für sonstige Unterhaltungen 895,76 Mk., Corr.-Abonnement 902,63 Mk. und Drucksachen 711,95 Mk.; die persönlichen Verwaltungskosten nahmen 954,52 Mk. — etwa 3,7 Proz. der Gesamtausgaben — in Anspruch. Neu und durch den internationalen Sekretär angeregt ist die Zusammenstellung der Reisenden nach der Nationalität: so reisten in Elsaß-Lothringen im Jahre 1901 43 Elsaß-Lothringer, 316 Alt-Deutsche, 58 Oesterreicher, 36 Ungarn, 23 Schweizer, 6 Romanische, 7 Luxemburger, 2 Franzosen, 4 Belgier, 14 Dänen, 1 Schwede, 7 Luxemburger, 2 Italiener, 1 Rumäne, 2 Russen, 1 Polländer und 2 Serben, zusammen 536 Reisende, welche für 382 Tage à 1,25 Mk. und 1193 Tage à 1 Mk. erhielten.

Die Dr. Günzche Stiftung in Dresden (vormals Blochmannsche Druckerei und Dresdener Anzeiger) ergab im Jahre 1901 einen Reingewinn von 255 1/2 Mk. Diese Summe kommt lediglich wohlthätigen Stiftungen zu gute.

Die Festfrist, die der Ortsverein in Dortmund im Oktober vorigen Jahres gelegentlich des 30. Stiftungsfestes herausgab, kennzeichnete das frühere Mitglied Mentrup, jetzt Faktor der Leifungens Druckerei, nach Gebühr. Dies gab demselben Anlaß, gegen den Verfasser des Buches, Kollegen H. Becker, Klage wegen Beleidigung einzuleiten. Das Schöffengericht befand, daß Streikbruch noch nicht zu den Dingen gehört, welche sich gerichtlichen Schutzes erfreuen, es erkannte auf Freisprechung des Angeklagten.

Presse. Der Verleger der Neuen Westfälischen Volkszeitung (konservativ) in Bielefeld läßt das Blatt mit Ende März eingehen; er hat angeblich im vorigen Jahre 10.000 Mk. zugelegt und seine Kommunisten, welche 20.000 Mk. in dem Unternehmen steden haben, wollen, obwohl begütert, ebenfalls nichts mehr hergeben, so daß auch der Plan, wenigstens allwöchentlich die konservative Weisheit zu verapfeln, aufgegeben werden mußte.

Durch einen Artikel der Volkszeitung in Altenburg fühlte sich der Gönner der Schulvorstand beleidigt. Urteil: 60 Mk. Der seinerzeitige Redakteur des Blattes, zur Zeit in Schmöln wohnhaft, wurde wegen dieser Vagatelie in Haft genommen, weil er infolge Zugverhältnisses beim erlangten Termine nicht erschien. Weitere 50 Mk. hatte das genannte Blatt zu zahlen wegen Beleidigung des Chefredakteurs der Hilburgsaufener Dorfzeitung. Letzterer hatte ein Urteil über den Lübecker Parteitag in Sachen der Accordmauer-Frage abgegeben und war dafür von der Volkszeitung in bekannter Weise bebildet worden, wodurch er sich beleidigt fühlte. — Redakteur Hanisch von der Rheinisch-westfälischen Arbeiterzeitung wurde zu acht Monaten Gefängnis wegen Beleidigung eines Richter-Kollegen in Dortmund verurteilt. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung verlangt. Auffällig erscheint, daß das genannte Kollegium hier in eigener Sache Recht sprach.

Der Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen hielt in Berlin seine siebente Generalversammlung ab bei Anwesenheit von 26 Delegierten. Der Verband zählt zur Zeit 772 Mitglieder. Eine aufgenommene Statistik ergab lange Arbeitszeit, hohe Forderungen der Arbeitskraft und verhältnismäßig geringe Bezahlung. Gleichwohl wurde konstatiert, daß gegen das Vorjahr im allgemeinen eine Besserung eingetreten sei. Das im vergangenen Jahre gegründete Verbandsorgan, die Monatsblätter, hat seine Wirkung nicht verfehlt, ist aber im Etat mit 11.923,60 Mk. eingestellt, während der Kostenbericht des Verbandes in Einahme und Ausgabe mit 7923,60 Mk. abschließt. Beschlossen wurde die Anstellung eines Verbandssekretärs mit einem Anfangsgehalt von 2000 Mk.

Sämtliche polnischen Vereine in der Provinz Posen sind von der Regierung angewiesen worden, alle Verhandlungen in deutscher Sprache zu führen. Daß durch ein solches Machtgebot die polnische Bevölkerung beruhigt werden könnte, das glauben die Urheber desselben wohl selbst nicht; zumal das Obergericht als selbstverständlich findet, daß die Polen in den polnischen Provinzen auch polnisch reden dürfen.

Der in § 136 vorgesehene Schutz der jugendlichen Arbeiter auf Stein- und Zementwerken wird noch immer nicht vollständig gewährt. Die in den Jahren 1892 und 1895 getroffenen Ausnahmebestimmungen, welche am 1. April d. J. außer Kraft treten sollten, sind vom Bundesrat auf ein weiteres Jahr verlängert worden.

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 35. — Sonnabend den 22. März 1902.

Vorfetzung aus dem Hauptblatte.

Der Ausschussrat der Großen Berliner Straßenbahn bewilligte der Baugenossenschaft des Vereins der Angelegten zur Erbauung von Beamten-Wohnhäusern 280000 Mk. gegen 3 Proz. Verzinsung, nachdem die Direktion schon vorher 3000 Mk. der Genossenschaft zur Deckung von Unkosten überwiesen und weitere 3000 Mk. als Genossenschaftsanteil übernommen hatte. Das Entgegenkommen ist nur dann zu loben, wenn dabei die Genossenschaft ihre Unabhängigkeit zu wahren in der Lage ist.

Ein Teil der Kruppschen Arbeiter in Essen, deren Einwand gegen die gemeldete Verzinsung der Pausen keinerlei Beachtung fand (siehe hierüber Nr. 27 und 28), haben nun auch das unter „Wohlfahrtseinrichtungen“ registrierte Kassenwesen der kritischen Sonde unterworfen und in zwei neuerlichen stark besuchten Versammlungen festgestellt, daß es sich dabei — eine bekannte Thatsache — nicht um Wohlthat, vielmehr um eine vom Unternehmer lediglich im Eigeninteresse getroffene Einrichtung handelt, dazu bestimmt, die Bewegungsfreiheit der Arbeiter zu hemmen. Das Resultat der Versammlung gipfelte in einem Proteste gegen diese Art Kassen resp. dem Verlangen nach gesetzlicher Regelung derselben. An die Stelle der Willkür soll die Gewährleistung der erworbenen Rechte für alle Fälle treten.

Deutschland zählte im Jahre 1901 22073 Auswanderer gegen 22309 im Vorjahre. Dies ist die kleinste Ziffer seit 1871, die höchste Ziffer — 220902 — war im Jahre 1881 zu verzeichnen. Ferner wurden über deutsche Häfen befördert 57164 Russen, 51911 Oesterreicher, 55153 Ungarn. Augenblicklich ist die Auswanderung stark gewachsen, was den Norddeutschen Lloyd zu einer Erhöhung der Fahrpreise für Zwischenverkehrs-Passagiere um 10 Mk. pro Platz veranlaßte. Ueberall Ausbeutung!

Ueber modernes Raubrittertum sind folgende Fälle zu notieren: Ein Zeuge beim Trebertrocknungsprozesse, Kaufmann Schäfer in Kassel, wurde wegen Erpressung zu neun Monaten Gefängnis und zweijährigem Ehrverlust verurteilt und sofort in Haft genommen. Er hat einem der Angeklagten seit 1897 alljährlich 2000, später 3000 Mk. abgenommen und dafür Verzichtserweise über dessen Vorstrafen versprochen. — In Magdeburg eignete sich der Kassierer einer Konfirmanden-Sparkasse, die er seit 23 Jahren verwaltet, 5000 Mk. an. Die Summe verteilt sich auf 229 Mitglieder, welche nun den Versuch machen werden, die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder für den Verlust haftbar zu machen. — In Dresden wurde der Kassierer des Central-Theaters wegen Unterzählung von 8000 Mk. zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. — Der Rechnungsrat März im Kriegsministerium in Stuttgart hat als Kassierer des Unterstützungsvereins für Witwen und Waisen der Unteroffiziere des 13. Armee-Korps in fünf Jahren 30500 Mk. unterzählt. Das Kriegsgericht verurteilte ihn zu drei Jahren Gefängnis und erklärte ihn für unfähig, innerhalb fünf Jahren ein öffentliches Amt zu bekleiden. — Der Sekretär der Sparkasse in Alt-Ofen (Budapest) unterschlug einen großen Betrag und begab sich auf die Flucht. Daraufhin erschoß sich der Direktor der Sparkasse.

Wie aus Nr. 29 des Corr. zu ersehen, wurde der Hilfschriftführer des Textilarbeiterverbandes in Krefeld, Kaufmann, sechs Wochen in Untersuchungshaft gehalten und dann wegen Aufreizung zum Klassenhass zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, dieses Urteil aber vom Reichsgerichte aufgehoben und der Strafkammer in Krefeld aufgegeben, in weiterer Erwägung darüber einzutreten, ob sich der Angeklagte nicht etwa der Aufreizung der Streikenden zu Gewaltthätigkeiten schuldig gemacht habe, §§ 110 und 111 des Str.-G.-B. Aber auch damit war es nicht, die Strafkammer stellte jetzt fest, daß bei dem ruhigen Charakter des Angeklagten eine solche Annahme ebenfalls ausgeschlossen sei. Die Staatsanwaltschaft und der Gerichtshof hatten damals das Gegenteil angenommen und so mußte B. sechs Wochen in Haft verbringen und hätte noch zwei Monate verbleiben müssen, wenn ihm nicht die Mittel zu Gebote gestanden hätten, das Reichsgericht anzurufen.

Ausstände. In Nürnberg wurde den Schneidern mit Ausperrung gedroht im Falle der Arbeitsniederlegung in einem dortigen Münchener Zweiggewerbe. In Reichenbach i. B. wurde den Schneidern die geforderte Lohnerhöhung bewilligt; ebenso in Halberstadt und Ulm. Dagegen ist es in Hufum zum Streik gekommen. In Fzensburg sind noch 54 im Ausstände. In Wannheim streiken 400 Schneider um Lohnerhöhung und Einführung einer neuen Werkstattdrängung. In Brackwede 60 Erbarbeiter um Lohnerhöhung, etwa 30 Holländer arbeiten weiter. In Hensburg 82 Maler und Lackierer gegen Lohnkürzung. In Reichenbach i. B. die Weber der Firma Dürr, die Entlassung eines mißliebigen Arbeiters fordernd. — In Saaz (Böhmen) traten die Bauarbeiter

in den Ausstand. In Lemberg streiken 200 jüdische Arbeiterinnen der Damenkonfektion um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit.

Der Landarbeiterstreik in Italien breitet sich immer mehr aus. So streiken z. B. in der Provinz Ferrara 30000, in der Provinz Novigo 22000. Die Landeigentümer leisten hartnäckigen Widerstand und zeigen dadurch die Arbeiter aufs äußerste, um der Regierung Gelegenheit zu geben, Truppen gegen die Aufständigen aufzubieten und Verhaftungen vorzunehmen. Die in der vorigen Nummer mitgeteilten Sympathiebezeugungen des Ministers des Innern zu gunsten der Arbeiter sind dadurch recht wertlos geworden. Wer das Recht der Arbeiter, sich ein menschenswürdiges Dasein zu verschaffen, anerkennt, muß zugleich dafür sorgen, daß diese Anerkennung auch seitens der Unternehmer geschieht, wenn seine Worte nicht bloße Nebensarten bleiben sollen.

Ein Dekret des Finanzministers in Spanien führt für die Arbeiter in den Staatswerkstätten den Achtstundentag ein und die Bezahlung der Ueberstunden mit einem Lohnaufschlag von 12 1/2 Proz.

Gingänge.

Statistische Erhebungen in den Buchbindereien und verwandten Berufen Deutschlands im J. 1900. Herausgegeben vom Vorstande des Deutschen Buchbinderverbandes. Stuttgart 1902. Ein umfassendes Bild der Verhältnisse im Buchbindergewerbe gibt diese Schrift, wie schon aus dem Umfange derselben, 252 Seiten, zu schließen sein dürfte. Es wurden dreierlei Formulare ausgegeben: Für die Orte, Werkstätten und die einzelnen Personen, letztere ohne verlangte Namensangabe. Der Bearbeiter hatte somit Gelegenheit, durch anzustellende Vergleiche ein wirklich brauchbares Material zu beschaffen. An der Personenstatistik haben sich 10325 Arbeiter beteiligt, dies sind 23,3 Proz. der Gesamtzahl. Die Beteiligung läßt ja noch zu wünschen übrig, insofern will alles anezogen sein und bei in möglichst kurzer Fristen fortgesetzten Erhebungen dieser Art wird sich allmählich das Interesse für dieselben immer mehr heben. Die Bearbeitung des eingegangenen Materials erfolgte nach Orten in alphabetischer Reihenfolge. Um eine schnellere Uebersicht über die Verhältnisse der einzelnen Orte zu ermöglichen, sind die wichtigsten Zahlen, nach Gauen geordnet, in Tabellen wiedergegeben. Das Gesamtergebnis ist das folgende: Material ging ein aus 226 Orten und 4765 Betrieben. Die Zahl der beschäftigten Personen betrug 44277. Dieselbe setzte sich zusammen aus 16665 Gehilfen, 22655 Arbeiterinnen, 2575 Hilfsarbeitern und 2332 Lehrlingen (letztere ohne Berlin). Sechs Firmen beschäftigten Strafgefangene, drei davon deren 340. Eine besondere nach Gauen geordnete Tabelle gibt die Arbeitszeit und die Minimallöhne und eine weitere die Zahl der Berufsangehörigen, der hiervon Organisierten, ferner die Arbeitszeit und Löhne von 55 hauptsächlich für das Gewerbe in Betracht kommenden Orten an. Endlich befehrt eine Tabelle über die Krankheitsverhältnisse der Berufsangehörigen. Es ist mit der Herausgabe dieser Statistik ein tüchtig Stück Arbeit geliefert worden, das hoffentlich nicht ohne Einfluß auf den weiteren Ausbau der Organisation bleibt.

Zur Guten Stunde, 3. Salonheft (60 S.) des Verlagshaus Bong & Co., jährliche 18 Heft (20 S.). Auf 48 Seiten bietet das Heft einen vorzüglichen Lesestoff, der zur Unterhaltung wie Belehrung dient. Besonders erwähnenswert sind die zahlreichen Porträts: Otto Erich Hartleben, Ernst Wichert, Dora Schumann (Schulmeisterin), Tini Nupprecht (Porträtmalerin in München), Mosca de Pontobona (eine zwölfjährige in Florenz preisgekürzte Schönheit), Victor Hugo, Emil Drach (Schauspieler), Maide (Erfinderin der Telegraphie ohne Draht), Vorstand des Frauenclubs Hannover (Gruppenbild), die Verlesung der Thronrede im englischen Oberhause (Gruppenbild). Neben zahlreichen Abbildungen im Texte sind dem Heft noch drei beachtenswerte Kunstblätter und die Vorfetzung von Hebbels Nibelungen in Oktavformat beigegeben.

Gestorben.

In Braunschweig am 9. März der Drucker Hugo Hornbostel; 36 Jahre alt.
In Hiesem am 10. März Eduard Deibel.
In Konstanz am 15. März der Sefer Ernst Otto Baur, 22 Jahre alt — Lungenschwindsucht.

Briefkasten.

C. A. in Weissenfee: Ihr Artikel kann nur nach Bestätigung durch den Berliner Gauvorstand ausgenommen werden. — R. M. in Ortelsburg: Helvetische Typographie, Basel, Aeschenvorstadt 34; 15. Etz. — 12 Pf. — W. Sch. in Hamburg: Bei dem Stoffandrang kann nun die Veröffentlichung der Einsendungen so präzis, wie Sie es wünschen, nicht erfolgen; im übrigen durch die Donnerstag-Nummer erledigt. — Nach Nürnberg: Bezüglich des Vortrages des Herrn Heine wollen Sie Nr. 146

des Corr. vom 19. Dezember 1899 nachlesen. Damit erledigt sich eine Kritik des obigen Vortrages. — W. K. in B.: Zwei Schriften über Tonplattenschnitt können Sie gegen Einsendung von 1,60 Mk. von uns haben. Ueber Bleischnitt s. Corr. 1901, Nr. 140.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung.

Da an einzelnen Orten oder in einzelnen Druckereien infolge der Einführung des neuen Tarifes Differenzen entstanden, machen wir darauf aufmerksam, daß bei Konditionsannahme in allen Fällen vorher Erkundigungen bei den zuständigen Verbandsfunktionären einzuziehen sind.
Der Verbandsvorstand.

Adressenverzeichnis.

Da das Adressenverzeichnis am 1. April neu erscheinen soll, erjuden wir diejenigen Herren Bezirksvorsteher und -Kassierer, welche seit Erscheinen des letzten Verzeichnisses (1. Oktober 1901) verstorben, dies jedoch im Corr. nicht mitgeteilt haben, eine etwaige Veränderung ihrer Adresse möglichst umgehend — spätestens aber bis zum 24. März — nach hier bekannt zu geben. Auch wollen diejenigen Herren, welche später (im April) verziehen, wenn möglich die neue Adresse ebenfalls mitteilen.

Berlin.

Hauptverwaltung.

Gau Dresden. Der diesjährige Gautag wird laut Beschluß des Gauvorstandes nach der Generalversammlung abgehalten. Die verehrlichen Vertrauensmänner, welche mit der Einsendung des Jahresberichtes ihrer Mitgliedschaft noch im Rückstande sind, bitten wir, dies recht bald nachzuholen, damit der Jahresbericht rechtzeitig herausgegeben werden kann.

Erzgebirge-Vogtland. Bei der Firma Klinghammer in Laufzig stehen die Mitglieder wegen Tarifkonflikt in Kündigung. Anfragen dorthelbst zieht sofortigen Ausschluß nach sich.

Frankfurt-Oeffen. Abrechnung pro 4. Quartal 1901. Verbandskasse: Einnahme (einschl. 5790 Mk. Vorschuß) 22824,30 Mk., Ausgabe 15461,60 Mk., zurückbehaltener Vorschuß pro 1. Quartal 1902 7000 Mk., an den Hauptkassierer abgeandt 362,70 Mk. — Gaukasse: Einnahme (einschl. 11283,30 Mk. Vermögen) 14417,94 Mk., Ausgabe 2447,30 Mk., Vermögen am Schlusse des Quartals 11970,64 Mk. — Veranschlagt wurde an Reise-Unterstützung 3363,23 Mk., Arbeitslosen-Unterstützung 3775,25 Mk., sonst. Unterzählung 60 Mk., vorübergehend Arbeitsunfähige 6236,10 Mk., dauernd Arbeitsunfähige 971 Mk., Begräbnisgeb 500 Mk., außerordentlicher Unterzählung 20 Mk., Agitationskosten 25 Mk. — Aus der Zentral-Invalidenkasse i. S. wurden 8 Invaliden mit 736 Mk. unterstützt. — Bewegungssstatistik: Mitgliederstand Ende des 3. Quartals 1901 1268, neu eingetreten 34, wieder eingetreten 14, zugereicht 121, vom Militär 17, zusammen 1454; abgereicht 78, zum Militär 24, ausgeschieden 10, starben 3 (und 1 Invalide), Mitgliederstand Ende des 4. Quartals 1337. — Arbeitslos waren 191 Mitglieder 5229 Tage, krank 159 Mitglieder 4476 Tage. — Zahl der Druckorte 36. — Eingang der Bezirksabrechnungen: Marburg 1. Februar, Gießen 9. Februar, Offenbach a. M. 10. Februar, Frankfurt a. M. 15. Februar, Kassel 23. Februar. — Im Berichte pro drittes Quartal in Nr. 147 des Corr. von 1901 muß es bei der Verbandskasse heißen: Einnahme 26687,90 Mk. statt 23687,90 Mk. und zurückbehaltener Vorschuß 5790 Mk. statt 2790 Mk.

Schl.-Swig.-Holfstein. Zum diesjährigen Gautage wählen Delegierte: Kiel 7, Flensburg 4, Itzehoe und Neumünster je 2, Nendburg, Tondern, Schleswig, Blankenfe, Hadersleben, Apenrade, Bergedorf-Sande, Elmshorn, Husum und Eckernförde-Kropp je 1, die hier nicht genannten Schleswiger Druckorte zusammen 1 und die bleibenden holfsteinischen Druckorte zusammen 4 Delegierte. — Zu dieser Wahl erhalten die Mitglieder vom Gauvorstande gedruckte Stimmzettel. Mitgliederchaften, welche Kandidaten zu dieser Wahl aufstellen, wollen deren Namen bis zum 15. April dem Gauvorstande mitteilen. — Die Tagesordnung des Gautages sowie alles Nähere wird den Mitgliedern i. S. durch Zirkular mitgeteilt.

Bezirk Brandenburg. Die erste diesjährige Bezirksversammlung findet am 20. April in Eberswalde statt. Anträge hierzu sind bis zum 6. April an Otto Sendte, Brandenburg a. S., Kleine Gartenstraße 1, einzusenden. Die Tagesordnung usw. wird den Mitgliedern durch Zirkular bekannt gegeben.

Bezirk Eiberfeld. Der Vorstand setzt sich für das Jahr 1902 aus folgenden Kollegen zusammen: Bruno Drechsler, Wasserstraße 8, 1, Vorsitzender; August Reus, Oberstraße 5, Kassierer; Hermann Köffert, Schriftführer.

Bezirk Frankfurt a. M. Resultat der Vorstandswahl: L. Rumbler, Vorsitzender; H. Klinkel, stellvertretender Vorsitzender; G. Jekel, Kassierer; P. Koppe, Schriftführer; G. Müller, Beisitzer.

Bezirk Gera. Als Delegierte zum Gantage wurden gewählt die Kollegen: Schubert, Weinl- und Käser-Gera, Thiele-Eisenberg, Stier-Weida und Mukroisch-Böbbeck. — Als Delegierte zur Generalversammlung der Witwenkasse wurden gewählt die Kollegen: Schubert, Käser und Stier.

Bezirk Kassel. Der neugewählte Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Ph. Guthardt, erster Vorsitzender; Jean Schaaf, Neue Leipziger Straße 30, IV., Kassierer; Fr. Hundt, erster Schriftführer; G. Sauer, zweiter Schriftführer; S. Kidel, Meißelasseverwalter; S. Stäbel, Bibliothekar.

Wir machen ferner darauf dringend aufmerksam, daß bei der Firma Aktiengesellschaft für pharm. Bedarfsartikel, vorm. Georg Wenderoth, Konflikt ausgebrochen und dieselbe vorläufig für Verbandsmitglieder geschlossen ist.

Das Minimum beträgt für Kassel 23,65, 24,20 und 25,75 Mk. — Alle Anfragen sind vor Konditions-

annahme zu richten an Ph. Guthardt, Nothwendtmoldestraße 5, Hth. I. Zuwiderhandelnde haben unweigerlich die Folgen zu tragen.

Bezirk Weimar. Als Gantagsdelegierte wurden die Kollegen B. Kühn, E. Prox-Weimar und A. Schumann-Alpolda gewählt. — Die Kollegen Kühn und Schumann sind gleichzeitig Delegierte zur Generalversammlung der Gau-Witwenkasse.

Neurode. Die Herren Verbandsfunktionäre werden höflichst ersucht, die Adresse des Druckers Leveszy aus Ungarn an den Vertrauensmann Eckert gelangen zu lassen, event. den Genannten hierauf aufmerksam machen zu wollen.

Nathcnow. Der Vorstand des hiesigen Ortsvereins setzt sich nunmehr aus folgenden Kollegen zusammen: Karl Bohl, Or. Mißbverstraße 71a, Vorsitzender; Rie-wend, Beisitzer; Fritz Pfeifer, Schriftführer; Otto Grell, Habelstraße 8, Kassierer.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Auerbach der Seher Kurt Wfr. Hekel, geb. in Auerbach 1883, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — In Liebertowitz der Seher Max Edwin Otto, geb. in Gretzen 1882, ausgel. in Naunhof 1901;

war noch nicht Mitglied. — C. B. Stoy in Chemnitz, Amalienstraße 41.

In Eiberfeld 1. der Drucker Aug. Schostakowsky, geb. in Barmen 1881, ausgel. das. 1899; war noch nicht Mitglied; 2. der Seher Rudolf Förster, geboren in Cronenberg 1873, ausgel. das. 1890; war schon Mitglied. — In Wald bei Seger 1. Philipp Stuppert, geb. in Nieder-Saulheim 1884, ausgel. in Nieder-Dlin 1901; 2. Ch. Braunfchweig, geb. in Schwewe 1879, ausgel. das. 1898; 3. Richard Kramer, geb. in Dschah 1883, ausgel. das. 1901; waren noch nicht Mitglieder; 4. Rob. Hoffmann, geb. in Düsselndorf 1877, ausgel. das. 1896; 5. Kurt Bachmann, geb. in Niederplanitz bei Zwickau 1876, ausgel. in Glaudaun i. Sachf. 1894; waren schon Mitglieder. — B. Drechsler in Eiberfeld, Wasserstraße 8, I.

In Wermelskirchen der Seher Heinrich Abschlag, geb. in Düren 1883, ausgel. das. 1900; war schon Mitglied. — A. Himmelmann in Barmen, Eichenstraße 51.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Ausbach. Die Herberge für durchreisende Kollegen befindet sich im Gasthause zum Goldenen Hirschen, Am Pfalter D. 75.

Itzehoe. Vom 1. April ab lautet die Adresse des Vorsitzenden: Hein. Seliger, Kapellenstraße 7; die des Kassierers: Peter Amshler, Stiftstraße 2.

Suche tüchtigen Seher als Teilhaber des hiesigen Hochdruckes mit bester Druckerei. Solch. m. redakt. Befäh. od. Schweizerdegen bevorzugt. Erforderlich mindestens 3 Mk. Mark. Werte Dff. unter Nr. 512 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Für kleinere Druckerei Leipzigs wird ein ganz selbständig arbeitender, im bessern Drucke erfahrener [520]

Maschinenmeister

gesucht. Eintritt 1. April. Werte Offerten unter G. 892 an Haafenstein & Vogler in Leipzig erbeten.

Ein flotter, zuverlässiger [503]

Typographischer

verheiratet, sucht sofort dauernde Kondition. Baden, Bayern od. Rheinland bevorz. Werte Dff. an A. Jutto, Wajsch, Wallenstadt (Schw.).

Junger, isolider Seher

in allen Satarten firm, sucht sofort oder später dauernde tarifm. Kondition. Werte Dff. erb. an Ernst Kunz, Schorndorf (Württg.).

Junger Maschinenmeister

welcher in Schnell- u. Siegeldruck. vorz., sucht sofort Stellung. W. Dff. m. Gehaltsangabe an O. Joppa, Halle a. S., erb. [524]

Otto Unger, Chemnitz, Alfred Meyer, Lützingen, regelt Eure Angelegenheiten. [522] Emil Saun, Pirna, Gartenstraße 5.

Wilhelm Köhler, München

Spezialgeschäft für Buchdruckereien. Großes Lager in Maschinen, Holzwerk, Utensilien, Schriften, Messinglinien. Komplette Einrichtungen stets vorräthig.

Schriftgiesserei

J. D. Trennert & Sohn

Altona-Hamburg. Kompl. Buchdruckerei-Einrichtungen jeglichen Umfanges.

Exakte Lieferung. Reichhaltige Auswahl. Kostenauslässe u. Proben stets gern zu Diensten.

Gallocin
modernes Matrizenpulver für Warm- und Kaltstereotypie empfiehlt Reinhold Mäser, Goswig, Ostpr.

Anfertigung eleganter Herren-Moden nach Mass von Fritz Wodrich Berlin SW, Solmsstr. 1. Garantie für tadellosen Sitz. Solide Preise.



Tüchtige Stempelschneider und Graveure

(continiert im Zeugsnitte) finden bei mir Stellung. Bewerber wollen sich unter Beifügung von Probarbeiten und Zeugnissen schriftlich melden. [523]

Julius Klinkhardt, Schriftgießerei und Messinglinienfabrik, Leipzig, Riebigstraße 6.

Stereotypeure und Galvanoplastiker Deutschlands.

Der diesjährige Delegiertentag der zentralisierten Stereotypeure und Galvanoplastiker Deutschlands findet am

30. und 31. März

in Hamburg, Hüttmanns Hotel, Poolstraße 21/22 statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftliches. 2. Bericht der Zentralkommission. 3. Situationsberichte durch die Delegierten. 4. Anträge zum Delegiertentage. 5. Verschiedenes.

Wir bitten die Kollegen, welche als Delegierte nach Hamburg entsandt werden, dieses dem Obmann der Zentralkommission mitzuteilen sowie ihre Adressen beizubringen. Quartier usw. dem Kollegen Fölschow, Hamburg, Eppendorfer Weg 14, III., anzugeben. Die Zentralkommission. [500]

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Osternmontag den 31. März:

Wohlthätigkeits-Matinee

im Konzerthause Hamburg (vorm. Gebr. Lübnig), Eingang Seilerstraße, unter gest. Mitwirkung der Kapelle des Vereins Hamburger Musikfreunde (Dirigent: Herr Musikdirektor Jul. Laube), der Eibertafel Gatenberg von 1877 (Dirigent: Herr F. v. Reinwecht), der Damen Sophag-Schredder (Sopran) und Melosch (Mezitation), sowie des Herrn Willy Stande (Bariton)

Die Karten sind vergriffen. Im Interesse der Sache wird dringend gebeten, Kinder unter 6 Jahren nicht mitzubringen. Saalöffnung 11 1/2 Uhr. Anfang 12 Uhr präzis. Der Vergütungs-Aussch. [513]

Typographische-Mitgliederversammlung

Gesellschaft. Mittwoch den 26. März, abends präzis 8 1/2 Uhr, in der Karlsburg, Ecke Schopenstehl und Fischmarkt.

Der Typographischen Gesellschaft noch fernstehende Kollegen werden freundlichst eingeladen.

Anhang zum Tarife

Lohn-Minimum-Tabellen für Hand- und Maschinenseher sowie Maschinenmeister nach Wochen, Tages- und Stundenlöhnen unter Berücksichtigung aller vorhandenen Lokalszuschläge aufgerechnet. Weiter haben alle Staffeln der Leberuntenentschädigung — wieder unter Auslegung aller vorhandenen Lokalszuschläge — Aufnahme gefunden. Bearbeitet und herausgegeben von

Conrad Eichler, Leipzig, Salomonstrasse 8.

Neu erschienen und von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt für 10 Pf. zu beziehen. An Porto wolle man den Bestellungen außerdem noch bis 6 Stück 3 Pf., 7 bis 12 Stück 5 Pf., 13 bis 30 Stück 10 Pf. beilegen. * * * Wichtig für alle Kollegen!

Insertions-Bedingungen: Biergeschaltene Nonpareille-Zeile 25 Pf., Stellen-Angebote, Gesuche u. Vereinsanzeigen bei direkter Zusendung die Zeile 10 Pf. — Belegnummer 5 Pf. — Die sämtlichen Beiträge müssen bei der Aufgabe der Anzeigen entrichtet werden. — Offerten ist Freimarke zur Weiterbeförderung beizufügen.

Offertendriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des Corr. (Conrad Eichler), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Offertendriefe ohne Freimarke können nicht befördert werden. Die Geschäftsstelle des Corr.

Bezugspreis des Corr. bei allen Postämtern in Deutschland vierteljährlich 0,05 Mk. (in Oesterreich-Ungarn und dem übrigen Auslande ist der Bezugspreis bei den Postämtern zu erfahren). — Unter Band nach Deutschland und Oesterreich 1,75 Mk. nach dem übrigen Auslande 2,50 Mk. bei wöchentlich einmaltiger Zusendung (3 Nummern zusammen) nach Deutschland und Oesterreich 1,00 Mk., dem übrigen Auslande 1,25 Mk.

Technik der bunten Accidenz. Rich. Härtel in Leipzig-Dr. — 3,50 Mk.

!!! Schutzmittel für Setzer!!!

Eignes, gutgeglichtes Fabrikat. 110 cm l. 120 cm l.

Regatta la, blauweiss 2,50 Mk. 2,75 Mk. Nessel, blauweiss 2,75 „ 3 „ bei 6 Stück: 2,50 „ 2,75 „ Cöper, blau- oder braunweiss . . . 3 „ 3,25 „ bei 6 Stück: 2,75 „ 3 „ Vorrätig in 2 Weiten: für schlanke und für normale Figur.

Maschinenmeisteranzüge

Echt indigoblau: HTuch 3,50 Mk., H'Leinen 4,25 Mk., Cöper 6 Mk., Pilot 5,25 Mk., Pilot extra 6,75 Mk. Grössere Posten billiger. Prospekt fr. Vorrätig: Jackets mit 88-108 cm Brustumf.; Hosen mit 88-108 cm Buntur. und 74-84 cm Schrittlänge. Aufträge von 6 Mk. 1/2 franko, von 15 Mk. franko. Lehrlings-Anzüge u. -Blusen entsprechend billiger. Leipzig-R., [397]

M. Jahn, Täubchenweg 16.

Schutzanzüge, Blusen

Wollen, Pinzetten, Zwickelmeßer, Zwickelmesser, Wintelhaken, Anlegemarker usw. Größte Auswahl, bester Fabrikat, illust. Preisliste. Fachliteratur & Theaterstücke usw. [357]

Graph. Verlagsanstalt, P. Goldschmidt, Halle a. S., nur Goethestraße 11, nicht mehr Ludwig-Budereystraße 28.

Naumburg. Heute, Sonnabend: Weimar. Donnerstag den 27. März, abends 8 Uhr: Leipzig-R., [397]

Wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Ladewigs Bierstuben

Berlin S, Kommandantenstraße 65. Vorzügliches Weiß- und Bayerisch-Bier. Vereinszimmer für 40 Personen. — Franz. Billard. — Telefon. [913]

Zahlstelle der freien Volksbühne.

Bockbier. Bockbier.

Sonnabend den 22. März. Letzter Bockbier-Ansich. Es ladet ergebenst ein [519]

Paul Madam, Verlagsdruckerei, gold. Winkelhaken Leipzig, Friedrichstraße 9.

Johs. Fr. Brix

aus Lindanus im noch nicht vollendeten 35. Lebensjahre. Möge ihm die Erde leicht sein! [514]

Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Richard Härtel, Leipzig-N.

Buchhandlung und Antiquariat liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Der englische Werkf. von Gellwig 30 Pf. Der französische Werkf. 30 Pf. Engelhard, Das Ausschneiden der Formen. 1 Mk. Zurichtung und Druck von Illustrationen. Von Waldow. 3,50, geb. 5 Mk.